Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 18. Januar 1930

34. Jahrgang — Nummer 3

Die Sozialpolitik im Jahre 1929

Wer der Auffassung ist, daß die deutsche Sozialpolitik noch lange nicht am Ende ihres notwendigen Aufbaues angelangt ist, ja daß es für die Sozialpolitik und ihre Entwicklung eine bestimmte absolute Grenze überhaupt nicht geben kann — und mit Entschiedenheit müssen die Gewerkschaften eine solche Auffassung vertreten —, wird von der sozialpolitischen Bilanz des Jahres 1929 kaum befriedigt sein. Denn der rasche und fühlbare Fortschritt, wie wir ihn in der Nachkriegszeit auf sozialpolitischem Gebiete gewohnt waren, ist im vergangenen Jahre stark gehemmt worden, ja er drohte sogar in gefährliche Reaktion umzuschlagen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind verschiedenartig, zweifellos aber war die ausschlaggebendste unter ihnen die Welle der Arbeitslosigkeit, die zu Beginn des Jahres 1929 hochging und die selbst in den dem Arbeitsmarkt günstigsten Sommermonaten allzu schwach abebbte. Am 15. Januar 1929 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger (in Arbeitslosenversicherung, Sonderfürsorge und Krisenfürsorge) fast 2,16 Millionen, die gewerkschaftliche Arbeitslosenziffer erreichte Ende Januar 19,4 Proz. der Mitglieder im Gesamtdurchschnitt. Am 15. Februar hatte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger fast 2,5 Millionen erreicht, die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften betrug Ende Februar 22,3 Proz. Brachten auch die kommenden Monate nach Wegfall der Auswirkung des katastrophalen Winters einen beträchtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, so gab es doch selbst am 15. August noch rund 870 000 Hauptunterstützungsempfänger in Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, und Ende August noch 9 Proz. arbeitslose Mitglieder in den Gewerkschaften. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit bereits wieder in ständigem Steigen begriffen und droht im Verlaufe des gegenwärtigen Winters wiederum die Zahl von 2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern zu erreichen oder gar zu übersteigen.

Diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit bedeutete, wie bekannt, eine starke Belastungsprobe für die junge Arbeitslosenversicherung, die infolge der Begrenzung ihres Beitragsaufkommens gezwungen war, größere Beträge, im vergangenen Winter allein rund 265 Millionen Reichsmark, aus Reichsmitteln in Anspruch zu nehmen. Die Bindung so erheblicher Summen durch die Arbeitslosenunterstützung hatte wiederum Schwierigkeiten für die ohnehin verfahrene Finanzpolitik des Reiches im Gefolge und wirkte sich im doppelten Sinne für die Sozialpolitik ungünstig aus. Einmal nämlich gab sie der sogenannten „Wirtschaft", das heißt dem Unternehmertum und den ihm dienstbaren Parteien, willkommenen Anlaß, die insbesondere aus lohnpolitischen Gründen verhaßte Arbeitslosenversicherung anzugreifen und den Versuch eines radikalen Abbaues zu machen, anderseits hemmte sie die Entwicklung anderer Zweige der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge. Insbesondere gelang es im Jahre 1929 nicht, in der Invalidenversicherung eine allgemeine Erhöhung der Renten und den Aufbau neuer Lohnklassen durchzusetzen, eine Forderung, die von den Gewerkschaften neben dem Wunsche nach Herabsetzung der Invaliditätsgrenze als besonders dringlich betrachtet wird. Die Knappschaftsversicherung, die ihrerseits in große finanzielle Schwierigkeiten geraten war, konnte nur auf sehr bedenkliche Weise saniert werden, indem ihr 75 Millionen Reichsmark aus Lohnsteuerüberschüssen zur Verfügung gestellt wurden, von denen 66 Millionen Reichsmark zur Beitragssenkung dienten, was praktisch einem verschleierten Lohnzuschuß aus Steuermitteln gleichkam. Ein tatsächlicher Ausbau konnte nur in der Angestelltenversicherung durchgesetzt werden, in der die Wartezeit verkürzt und die Gewährung der Rente bereits vom 60. Lebensjahr ab nach vorausgegangener mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit zugelassen wurde.

Auch auf den übrigen Gebieten der Sozialpolitik waren keine wesentlichen Fortschritte, erst recht keine großen gesetzgeberischen Akte zu verzeichnen. Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, den die Gewerkschaften von vornherein als gänzlich unzulänglich bezeichnet hatten, wurde im Reichsrat noch weiter verschlechtert, so daß schon eine grundsätzliche Umgestaltung, namentlich der die Arbeitszeit regelnden Bestimmungen, erforderlich wäre, um die Gewerkschaften mit diesem Gesetzentwurfe zu befreunden. Auch der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes, der nunmehr im Reichstag zur Beratung kommen wird, kann die Gewerkschaften bisher keineswegs befriedigen, da er trotz mancher in ihm enthaltener Fortschritte bereits erkämpfte tarifrechtliche Positionen zu gefährden droht.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Hemmung der sozialpolitischen Entwicklung im vergangenen Jahre vorwiegend durch die starke Arbeitslosigkeit und durch die schlechte Finanz- und Kassenlage des Reiches bedingt war. Mindestens im Kampf um die Arbeitslosenversicherung spielten diese Faktoren als Argumente für die Gegner der Versicherung eine wesentliche Rolle. Winzu kommt aber die wachsende Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen einen Ausbau der Sozialpolitik und der sozialen Selbstverwaltung, in der sie ganz mit Recht eine starke Machtposition und Kampfbasis der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei erblicken. Der Einsatz der Staatsgewalt zugunsten der Arbeiterschaft wird für das Bürgertum um so bedenklicher und gefährlicher, je mehr diese Staatsgewalt selbst unter den Einfluß der Arbeiterschaft kommt. Daß beispielsweise eine Einrichtung, wie die staatliche Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stark zugunsten der letzteren beeinflussen muß, weil das Massenangebot und damit die Nivellierung der Arbeitsbedingungen in Krisenzeiten gemildert wird, ist ebenso einleuchtend wie die Tatsache, daß das staatliche Schlichtungswesen, wenn es von einer durch die Arbeiterschaft beeinflußten Staatsgewalt ausgeübt wird, sich insgesamt zugunsten der Arbeiterschaft auswirken muß. Gegen beide Institutionen richtete sich daher ganz natürlicherweise bisher in erster Linie der Kampf des Unternehmertums. Die Arbeitslosenversicherung versuchte man unter Ausnutzung der Finanzschwierigkeiten und durch eine gut organisierte Pressekampagne gegen sogenannte Mißbräuche zu zerschlagen. Nur der Zähigkeit der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist es zu verdanken, daß sie in diesem Kampfe, in dem sie ganz allein standen, das Gebäude der Versicherung in allen seinen Grundpfeilern erhalten konnten, wenn auch ein sozialpolitisch nicht in allen Teilen erfreuliches Kompromiß geschlossen werden mußte.

Im Schlichtungswesen hat der Angriff des Unternehmertums zu gesetzlichen Aenderungen bisher nicht geführt. Wohl hat die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 22. Januar 1929 ausgesprochen, daß der Stichentscheid des Vorsitzenden beim Schiedsspruch unzulässig sei, was zweifellos eine Minderung des staatlichen Einflusses bedeutet. Die Entscheidung ordnet sich daher ein in den Gesamtkomplex der Bestrebungen, die die Wirtschaft vom Staatseinfluß möglichst freihalten wollen. Dies aber ist der tiefste Sinn der sozialpolitischen Reaktion, die sich mehr und mehr geltend zu machen sucht: den Einfluß der Staatsgewalt, die heute kein sicherer Bürge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mehr zu sein scheint, zurückzudrängen, auch die Sozialpolitik, soweit sie sich nicht gänzlich unterdrücken läßt, wenigstens zu „entstaatlichen". Aus dieser Absicht heraus erklären sich letzten Endes auch die Kampfschriften gegen die Sozialversicherung, wie „Frevel am Volk" von Horneffer oder „Irrwege der deutschen Sozialpolitik" von Hartz, in denen man der Arbeiterschaft vorzugaukeln sucht, daß es nur der Beseitigung der Sozialversicherung und gegebenenfalls ihrer Ersetzung durch ein privatkapitalistisches Sparsystem bedürfe, um die Arbeiterschaft herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Demgegenüber müssen die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften sich um so entschiedener für den Ausbau der Sozialpolitik einsetzen. Sozialpolitische Entscheidungen, wie etwa die endgültige Sanierung der Arbeitslosenversicherung, und die Aufrechterhaltung des Schlichtungswesens, müssen auch im Parlament als Lebensfragen der Arbeiterbewegung gewertet werden.

Für Arbeitsbeschaffung — gegen Anleihesperre!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund veröffentlichen folgenden Aufruf:

Die Arbeitslosigkeit ist in ständiger Zunahme begriffen. Millionen arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeiter und Angestellten sind zum Feiern gezwungen. Die hohe Arbeitslosenziffer wiegt um so schwerer, als die Witterung bisher den Außenarbeiten verhältnismäßig günstig war. Es ist zu befürchten, daß die Schwierigkeiten, mit denen die Wirtschaft zur Zeit zu kämpfen hat, sich noch verschärfen werden. Um so notwendiger ist es, alle Kräfte zu mobilisieren, die der sinkenden Beschäftigung entgegenwirken können.

Dabei sind sich die Gewerkschaften wohl bewußt, daß die gegenwärtige Lage der Reichsfinanzen des Kapitalmarktes eine durchgreifende Konjunkturpolitik erschwert. Die Gewerkschaften fordern aber, daß keine Möglichkeit unausgenutzt bleibt, die schwere Lage zu erleichtern. Dazu gehört in erster Linie Arbeitsbeschaffung durch die Kapitalzufuhr aus dem Auslande.

Es ist unverantwortlich, wenn der Anleiheaufnahme, auch soweit sie auf Grund des Vertrauens der ausländischen Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft möglich ist, von deutscher Seite durch die verhängnisvolle Politik des Reichsbankpräsidenten und der Beratungsstelle für Auslandsanleihen durchkreuzt wird.

Die Gewerkschaften haben die Politik der Anleihesperre stets als schädlich betrachtet, sie befinden sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des von der Reichsregierung eingesetzten Enqueteausschusses.

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die wachsenden Notstände ein längeres Beharren bei dieser wirtschaftsfeindlichen Politik der Absperrung von den internationalen Kapitalmächten als volkswirtschaftlich gefahrvoll und sozialpolitisch unverantwortlich erscheinen lassen. Es ist unerträglich, daß sich in dieser schweren Lage der Reichsbankpräsident und die Beratungsstelle für Auslandsanleihen den wirtschaftlichen Erfordernissen entgegenstellen.

Die Gewerkschaften verlangen im Namen der Arbeiter und Angestellten, die sie vertreten, daß alles geschieht, um die Leiden der Erwerbslosen zu verringern.

Sie fordern daher die Regierung auf, mit Entschlossenheit dem Gebot der Stunde zu folgen und für die Zulassung von Auslandsanleihen einzutreten — auch im Kampf gegen unverantwortliche Ratgeber — zur Beschaffung von Arbeit und zur Stützung der deutschen Wirtschaft.

Fuhrwerksverkehr und Wegeunterhaltung

Bekanntlich ist die Frage umstritten, ob das Kraftfahrzeug oder das Fuhrwerk die Straßendecke stärker abnutzt. Je nach dem Interessenstandpunkt nehmen die Parteien zu der Frage Stellung, wobei auch die rapide Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs und die Verringerung des Fuhrwerksverkehrs eine bedeutende Rolle spielen. Es ist aus diesem Grunde vielleicht nicht unwichtig, auch hier die immer wiederkehrende Behauptung, daß das Fuhrwerk von dem Kraftfahrzeug allmählich verdrängt wird, im Zusammenhang mit dem Straßenbauproblem zu behandeln, zumal die Frage der Heranziehung der Fuhrwerksbesitzer zur Wegeunterhaltung durchaus noch nicht geklärt ist.

Zahlenmäßige Belege und Beweise für die Verringerung des Fuhrwerksverkehrs lassen sich nicht beibringen. Man kann sich auf die Ergebnisse der Pferdezählung berufen, denn die Pferde werden bis auf den geringen Bestand an Fohlen und Reitpferden fast sämtlich als Zugtiere verwandt, und ihr Bestand gibt daher einen ungefähren Einblick in die Entwicklung des Fuhrwerksverkehrs.

Nach den Ergebnissen der Viehzählung waren in Deutschland am 1. Dezember 1928 3710 500 Pferde vorhanden gegen 3 810 100 bei der Zählung im Jahre 1927 und 3 873 100 im Jahre 1926. Der Pferdebestand hat danach von 1926 bis 1927 um 63 000 Stück und von 1927 bis 1928 um rund 100 000 Stück abgenommen. Man könnte diese starke Abnahme in dem kurzen Zeitraum als einen Beweis für die Behauptung ansehen. Aber wenn wir noch weiter zurückgreifen, so finden wir, daß der heutige Bestand höher ist als in den ersten Nachkriegsjahren und nicht erheblich geringer als im letzten vollen Friedensjahr 1913. Im Jahre 1913 wurden, umgerechnet auf das jetzige Reichsgebiet, 3 806 700 Pferde gezählt, 1922 3 650 500 Stück. Maßgebend für die Beurteilung ist das Ergebnis von 1913, denn während des Krieges ist der Pferdebestand außerordentlich stark verringert worden, was sich bei der Bestandäufnahme in den ersten Nachkriegsjahren deutlich zu erkennen gegeben hat. Gegenüber 1913 ist der heutige Pferdebestand um 96 000 Stück geringer. Es liegt ein Zeitraum dazwischen von vierzehn Jahren, währenddem das Kraftfahrzeug in den Verkehr sprunghaft eingetreten ist.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Lastkraftwagen in Deutschland noch keinen großen Eingang gefunden haben. Bei ihrer stärkeren Verwendung, was zunächst eine erhebliche Verbesserung des Landstraßenwesens notwendig macht, wird dem Fuhrwerksverkehr zweifellos ein weiterer Abbruch getan. Von dem Kraftdroschkenverkehr sind vorerst die Droschken in den Städten überflüssig gemacht worden, auch ist dadurch der leichte Fuhrwerksverkehr auf dem Lande erheblich eingeschränkt worden. Aber die vollständige Ersetzung des Fuhrwerks durch das Auto ist doch eine Utopie, da zur Beförderung von Gütern in bestimmten Gegenden auf das Fuhrwerk nicht verzichtet werden kann. Die Holzabfuhr aus den Wäldern, die Getreide-, Rüben- und Kartoffelabfuhr von den Feldern kann mit dem Kraftwagen sehr schlecht durchgeführt werden. Man verwendet hierzu in steigendem Maße die Feldbahnen, deren Zweckmäßigkeit für diese Arbeiten nicht umstritten ist. Zweifellos wird dadurch das Fuhrwerk zurückgedrängt, aber da trotz aller steigenden Verwendung von Kraftantrieb der Pferdebestand nicht erheblich gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen ist, so liegt doch der Schluß nahe, daß das Fuhrwerk noch eine wichtige Aufgabe im Verkehr zu erfüllen hat. Selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo der Kraftfahrzeugverkehr am besten ausgebildet ist, wurden bei der letzten Viehzählung noch 16 Millionen Pferde und 6 Millionen Maulesel ermittelt.

An dem Güterverkehr auf den Landstraßen hat das Fuhrwerk gegenwärtig auch den größten Anteil. Die Denkschrift über die Versuchsstraße des deutschen Straßenbauverbandes bei Braunschweig stellt fest, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 die Durchschnittsbelastung der Braunschweigischen Landstraßen 326 Tonnen pro Tag betragen hat. Der Durchschnittsverkehr entfiel mit 183 Tonnen pro Tag auf Fuhrwerke und mit 143 Tonnen auf Kraftfahrzeuge. Der Fuhrwerksverkehr überwiegt danach mit einer durchschnittlichen Tagesbelastung von 40 Tonnen. In Westfalen beträgt nach der gleichen Quelle der Anteil der Fuhrwerke an der Verkehrsleistung 31 Prozent, in Westpreußen aber 83 Prozent. Diese Verschiedenheit ergibt sich aus der wirtschaftlichen Struktur der Provinzen. Während im Osten die Landwirtschaft vorherrscht, wodurch ein stärkerer Fuhrwerksverkehr entsteht, ist im Westen die Industrie stärker vertreten, und damit ist ein stärkerer Kraftfahrzeugverkehr verbunden. Auch ist im Osten das Landstraßennetz noch stark erweiterungsfähig.

Eine von der Stadt Berlin durchgeführte Erhebung über den Verkehr auf den Berliner Ausfallstraßen ist zur Beurteilung dieser Frage gleichfalls nicht uninteressant. Hierbei muß noch besonders die Stellung Berlins als Reichshauptstadt berücksichtigt werden und der außerordentlich starke Anteil des Kraftfahrzeuges an den Berliner Verkehrsmitteln. Danach wurden an der äußeren Peripherie Berlins 24 781 die Hauptverkehrsstraßen benutzende ein- und ausfahrende Fahrzeuge gezählt. Davon waren 9967 Personenkraftwagen, 7106 Fuhrwerke, 4676 Lastkraftwagen, 2806 Motorräder und 226 Omnibusse. Die prozentuale Berechnung ergibt bei den Personenkraftwagen einen Anteil von 40,2 Prozent am Gesamtverkehr, bei Fuhrwerken 28,7 Prozent, bei Lastkraftwagen 18,9 Prozent, bei Motorrädern 11,3 Prozent und bei Omnibussen 0,9 Prozent. In den inneren Bezirken Berlins verschiebt sich der Anteil mehr zugunsten des Kraftwagenverkehrs, er betrug hier rund 50 Prozent, während der Fuhrwerksanteil sich auf 23 Prozent beziffert. Das Statistische Amt der Stadt Berlin bemerkt hierzu: „Der hohe Anteil der Personenkraftfahrzeuge am Gesamtverkehr bestätigt die bekannte Tatsache, daß der Kraftwagen in der City das Pferdefuhrwerk mehr und mehr verdrängt; doch ist unverkennbar, daß das Pferdefuhrwerk sich in den Außenbezirken und namentlich in den ländlichen Gegenden noch immer behauptet und einen starken Anteil am Gesamtverkehr ausmacht."

Es kann danach von einem Verschwinden des Fuhrwerks noch gar nicht die Rede sein. In den Großstädten wird das Fuhrwerk allmählich eine seltene Erscheinung werden, da hier naturgemäß durch den Schnellverkehr und infolge der starken Verkehrsdichte das Fuhrwerk ein von der Entwicklung überholtes Verkehrsmittel ist. Auch in Industriegebieten, wo sich größere Städte auf verhältnismäßig engem Raum zusammenballen, ist für das Fuhrwerk wenig Raum. Aber man vergesse nicht, daß ein derart wichtiges Verkehrsmittel wie das Fuhrwerk, das jahrhundertelang den Güterverkehr auf dem Festlande bewältigt hat, niemals ganz verschwinden kann. Es werden ihm von dem Kraftfahrzeug viele Aufgaben abgenommen, aber da die Entwicklung bekanntlich nicht stehen bleibt, so erschließen sich dem Pferdefuhrwerk immer wieder neue Aufgaben. Als die Eisenbahnen aufkamen, sah man das Ende des Fuhrwerks gekommen, es gab damals Propheten, die mit mathematischer Sicherheit den Tag schon voraussagten. Inzwischen ist auch das Flugzeug in den Dienst der Personen- und Güterbeförderung getreten und das Wasserstraßennetz ist durch Schiffbarmachung von Flüssen und Bau von Kanälen erheblich erweitert worden, trotzdem ist dem Fuhrwerksverkehr ein großer Abbruch nicht getan worden. Der Aufgabenkreis hat sich verschoben, für den Fernverkehr kommt das Fuhrwerk heute weniger in Betracht, es nimmt aber im Nahverkehr immer noch eine beachtliche Stellung ein. Als Personen-

beförderungsmittel hat es in den Großstädten ausgedient, und selbst in den Kleinstädten wird es als solches kaum noch benutzt. Das aber ändert nichts an der Tatsache, daß dieses Verkehrsmittel noch lange bestehen bleibt und eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat.

Es erscheint daher durchaus gerechtfertigt, wenn auch der Fuhrwerksbesitzer zur Wegeunterhaltung durch eine Sonderabgabe oder Steuer herangezogen wird. Es fragt sich nur, in welcher Form dies geschehen kann. Der erste Versuch nach der politischen Umwälzung wurde in Deutschland mit der Einführung der Zugtiersteuer gemacht. Eine solche Zugtiersteuer, die ursprünglich für das ganze Reich Geltung haben sollte, dann aber den Ländern überlassen wurde, führten Sachsen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin ein. In Sachsen verfügte eine Verordnung vom 1. März 1923 die Erhebung einer Zugtiersteuer. Das Aufkommen daraus betrug 1925 rund 2,5 Millionen Mark, im Jahre 1924 war der Betrag noch geringer. Angesichts dieser Tatsache wurde das Gesetz am 1. April 1926 wieder aufgehoben. In Braunschweig, wo im Dezember 1923 eine allgemeine Fahrzeug- und Zugtiersteuer eingeführt wurde, brachte die Zugtiersteuer 1924 rund 810 000 Mark. Dieser Betrag machte in Braunschweig 31 Prozent der gesamten Wegeunterhaltungskosten aus, so daß das Ergebnis als sehr günstig angesehen werden konnte. In den folgenden Jahren verringerte sich jedoch das Aufkommen. In Mecklenburg-Schwerin war durch Beschluß des Landtages vom 29. 12. 1923 das Wegeabgabengesetz in Kraft getreten, das zu Zwecken der Wegeunterhaltung eine Steuer auf Fahrzeuge aller Art vorsah. Das Aufkommen an Wegeabgaben betrug 1924 rund 1,1 Million Mark, 1925 rund 912 000 Mark, 1926 rund 1 Million Mark. Auch hier ist das Aufkommen weit hinter dem erwarteten Betrag zurückgeblieben.

Diese Beispiele ermuntern gerade nicht die Befürwortung einer solchen Zugtiersteuer. Als Landesgesetz dürfte übrigens der Erfolg stets in Frage gestellt sein. Dennoch erfordert die außerordentliche Notlage und die dringende Erneuerung des Straßenwesens die Heranziehung auch der Fuhrwerksbesitzer zur Straßenunterhaltung. Den Maßstab für die Besteuerung muß die Anzahl der gehaltenen Zugtiere bilden. Nach dem Mecklenburg-Schwerinschen Wegeabgabengesetz gelten Pferde, Maulesel, Esel, Bullen, Ochsen und Kühe, soweit diese zum Ziehen verwendet werden, als Zugtiere, die der Besteuerung unterliegen. Daß sich die Zugtierhalter gegen ein solches Gesetz auflehnen, daß auch die Durchführung auf große Schwierigkeiten stößt, hat sich bereits in den Ländern gezeigt, die eine solche Steuer eingeführt haben. Aber schließlich wird sich erst bei einem längeren Bestehen des Gesetzes herausstellen, wo wirkliche Fehler sind, die beseitigt werden müssen. Den Ländern aber die Erhebung der Steuer überlassen, war falsch, und wenn man die Dinge richtig besieht, kann man sich nicht verhehlen, daß dadurch das Fiasko erst herbeigeführt wurde. N.

Grundsätzliches zum Youngplan

Leider erschwerte der Kampf gegen den unsinnigen Volksentscheid eine einwandfreie Stellungnahme zum Youngplan. Die Stellung der Gewerkschaftspresse war freilich klar und deutlich: „Vor die Wahl gestellt, ob Dawesplan oder Youngplan, wählen wir letzteren als das kleinere Uebel."

Ganz abgesehen von anderen Vergünstigungen, die der Youngplan bringt, ist besonders die Beseitigung des sogenannten Wohlstandsindex von Bedeutung, der vor allem auch geeignet war, den Kampf um den höheren Lebensstandard sehr einzuengen. Noch eine andere Verbesserung bringt der Youngplan: Er setzt das Endziel der zu leistenden Jahreszahlungen fest. Auch die Arbeiterklasse, die doch in der Steuerfrage ein ganz besonderes Objekt ist, weiß nun, wie lange dem Auslande Tribute zu zahlen sind: bis zum Jahre 1990! Also unsere Kindeskinder sollen für den verlorengegangenen Krieg von 1918 noch Tribute zahlen! Wer glaubt das? Selbst im früheren Feindesland glaubt kein vernünftiger Mensch an diese Ungeheuerlichkeit. W. T. Layton, Herausgeber der berühmten englischen Zeitschrift „The Economist" schrieb am 3. August v. J.:

„Offengestanden ist es sehr fraglich, ob man Deutschland zwingen kann, die im Youngplan aufgestellten Reparationszahlungen durch zwei Generationen zu leisten; wie wir aber durch unsere graphischen Zeichnungen veranschaulichten, liegt die Lösung des ganzen Problems gar nicht in Europa, sondern in Amerika."

Zu genau denselben Schlußfolgerungen kam auch kürzlich der bekannte belgische Genosse Emile Vandervelde, der in einem Interview dem Berichterstatter des Kasseler Volksblattes erklärte:

„Damit der Youngplan nicht das letzte Wort in der Reparationsfrage sei, müsse man erreichen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihr letztes Wort in der Reparationsfrage noch sprechen..." und weiter: „An dem Tage, wo die Vereinigten Staaten von Amerika, sei es die Annullierung der Schulden oder wenigstens eine Verminderung der alliierten Reparationen zuließen, könnte der Youngplan revidiert werden."

Zum besseren Verständnis der ganzen Sache dient es, wenn wir uns noch einmal die Geschichte der Reparationsfrage vor Augen führen: Zur Fortführung des Krieges sah sich England in 1917/18 gezwungen, große Anleihen in Amerika aufzunehmen zur Zahlung der dort bezogenen Waren in Form von Munition, Getreide, Baumwolle und anderem Kriegsmaterial. Frankreich, Italien und andere kriegführende Länder wiederum borgten von England Geld, um damit gleichfalls in Amerika und England kaufen zu können. Amerika trat eben als gerissener Geschäftsmann auf, der sich sagte, „wir borgen nur an solvente Kunden, und das ist England", und England versorgte dann seine Alliierten.

Laut Friedensvertrag nahm nun Deutschland tatsächlich alle Schuld auf sich und erklärt sich hieraus das Recht auf Reparation. Grober Unfug ist es aber, glauben machen zu wollen, die Kriegsschuldlüge braucht bloß aus dem Blatt der Geschichte gerissen zu werden, um alle Forderungen illusorisch zu machen. Die Leute, die so reden, vergessen, daß noch das alte militärische Deutschland in seinen Noten an Präsident Wilson die Pflicht der Wiedergutmachung anerkannte. Schon zu Beginn des Krieges hatte doch Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg für das Reich die Pflicht übernommen, „das Belgien angetane Unrecht wieder gutzumachen". Freilich verschweigen die Leute um Hugenberg die übernommenen Verpflichtungen. Man treibt eine verbrecherische Bauernfängerei.

Beim Streit über Recht oder Unrecht der Reparation wird nur zu gern vergessen, daß der Friedensvertrag, wenn auch nicht im Sinne des Wortes, so doch tatsächlich revidiert wurde. Die ursprünglich auf Grund des Vertrages geforderten Summen mußten im Interesse des geordneten Welthandels bedeutend heruntergesetzt werden. Eine Vernichtung Deutschlands wäre einem Weltuntergang gleichgekommen. Deutschland bildet eben ein bedeutsames Glied in der europäischen Kette, eine Zerreißung des Gliedes wäre gleichbedeutend mit der Zerreißung der ganzen Kette. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wurden die vorgenommenen Modifikationen in erster Linie nicht im Interesse Deutschlands vorgenommen, aber, so schreibt W. T. Layton:

„Die ursprünglich geforderten Summen mußten heruntergesetzt werden, da sonst nicht nur Deutschland, sondern der gesamte Welthandel aus dem Gleichgewicht gezogen worden wäre."

Wie man sieht, waren die Konstrukteure des Friedensvertrages nicht nur volkswirtschaftliche Stümper, sondern obendrein auch noch schlechte Rechner Auch das hat man draußen in der Welt längst anerkannt. Nicht zuletzt in England, wo die Reparationszahlung im Laufe der Zeit allerlei Schwierigkeiten bereitete, was die Gewerkschaftsführer wiederholt zum Ausdruck brachten.

Wichtiger ist freilich die deutsche Reparationszahlung im Lichte der Weltgestaltung nach dem Kriege. Der Krieg an sich ist eben ein scheußlich schlechtes Geschäft. Das beweist die kolossale europäische Kriegsverschuldung. Der deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Ströbel stellt folgende Bilanz auf:

„Wenn wir die deutsche Reparationsschuld des Youngplans mit fünfzig Milliarden Gegenwartswert als Kriegsschuld ansetzen (gewöhnlich rechnet man nur mit 36 bis 40 Milliarden), so beträgt die Schuldenbelastung:

	innere Schuld	äußere Schuld	insgesamt
Deutschlands	10 Milliard. Mk.	50 Milliard. Mk.	60 Milliard. Mk.
Englands	128 Milliard. Mk.	22 Milliard. Mk.	150 Milliard. Mk.
Frankreichs	45 Milliard. Mk.	30 Milliard. Mk.	75 Milliard. Mk.
Italiens	17 Milliard. Mk.	14 Milliard. Mk.	31 Milliard. Mk.

Freilich haben England und Frankreich große Forderungen an die anderen Ententeländer. Trotzdem soll nicht verkannt werden, zunächst ist immer die deutsche Reparation das führende Rad in den europäischen Verwicklungen. Deutschland ist nur dann zahlungsfähig, wenn es seine Waren im Auslande anbringen kann. Durch die Reparationen wird es im verschärften Maße zum Konkurrenzkampf mit dem Ausland gezwungen. In diesem Kampfe hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe, auf einen auskömmlichen Lohn zu achten. Die Erfüllungspolitik darf unter keinen Umständen auf den Schultern der deutschen Arbeiter ausgetragen werden. Um das im vollen Maße erreichen zu können, bedarf die deutsche Gewerkschaftsbewegung der tätigen Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Diese wieder ist im Interesse des Selbsterhaltungstriebs zu dieser Hilfeleistung verpflichtet. Denn würden schließlich die deutschen Arbeiter gezwungen, im Interesse der Reparationen bei verringertem Lebensstandard Waren fürs Ausland zu verfertigen, so wäre die unvermeidliche Folge ein verringerter Lebensstandard für die Arbeiter aller andern Länder. Aus dieser Sachlage ergibt sich die weltpolitische Verzwickung des Reparationsproblems. Sehr mit Recht beschloß deshalb auch die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 24. und 25. September 1929:

„Da niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen oft zu unlauteren Wettbewerb und anderseits zur Absperrung von Märkten führen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund die Aufstellung internationaler Mindestbedingungen für die Arbeitsverhältnisse durch Entwicklung der Arbeitsschutzkonventionen, durch internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung usw. nicht nur aus sozialpolitischen Gründen, sondern auch als wirtschaftspolitisch dringliche Forderung. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert deshalb die Ratifizierung, strikte Anwendung und Erweiterung der internationalen Arbeitskonventionen."

In Wirklichkeit soll das Internationale Arbeitsamt als eine Art von Revisionskammer zum Friedensvertrag gelten.

Und dann, erinnern wir uns an das erwähnte Vandervelde-Interview: Zweidrittel aller deutschen Reparationszahlungen laufen zwangsläufig in Form von Kriegsschulden nach Amerika. Amerika ist und bleibt der große Nutznießer der deutschen Reparation. Die Sache ist also die, Amerikas Staatsbürger sind die einzigen der am Weltkriege Beteiligten, die nicht nur keine Vermögenseinbuße, sondern im Gegenteil einen skandalös hohen Vermögensgewinn aus dem Tod von 10 Millionen europäischer Männer zogen und noch immer ziehen. Deshalb ist das Reparationsproblem gar kein europäisches, sondern in letzter Instanz ein amerikanisches Problem. Wann wird Amerika sich im Interesse des wahren Völkerfriedens zur Streichung seiner Kriegsschulden bequemen? Jeden Schuldenerlaß, den Amerika an seine Kriegsschuldner bewilligt, bedeutet eine Verringerung der geradezu unerträglichen deutschen Reparationslast. Das ist nun auch in einem Sondermemorandum zum Pariser Sachverständigengutachten extra hervorgehoben worden. Dort heißt es, „man werde die deutschen Verpflichtungen herabsetzen, wenn die Gläubiger von Amerika einen Schuldenerlaß erhalten." In der Tat liegt hier der Weg zur endlichen Befreiung aus einer verdammenswerten Fron. B. Wzß.

Das Gesicht der herrschenden Klasse

In einer Zeit erhöhter allgemeiner Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen und damit gesteigerten Massenelendes, das Millionen von Volksgenossen zu Hunger und Not verurteilt, in der hunderttausende Mütter von der Sorge gequält werden, wie sie Milch und Brot für ihre Kinder beschaffen, sinnen nicht nur die „Modekünstler" darüber nach, wie sie die Sorgen der „Dame" vom Morgen bis in die Nacht fernhalten, sondern die Repräsentanten der Vergnügungsindustrie zerbrechen sich gleichzeitig auch ihre ohnehin schon zermarterten Köpfe, um den Hintergrund zu schaffen, der die neuesten Modelle und ihre Trägerinnen wirkungsvoll zur Geltung kommen läßt.

Tagtäglich beobachten wir die mannigfaltigen Spielarten der Modelaunen bei den verschiedensten Anlässen, kennen die Opfer, die gebracht werden, die sozusagen schon zur Alltäglichkeit „dieser schönsten aller Welten" — wie die Bourgeoisie so gern ihr Zeitalter bezeichnet — gehören.

Dennoch verdient der neueste Einfall dieser Kreise, als Zeitdokument festgehalten zu werden.

Vor einem Café des Westens am Kurfürstendamm zu Berlin drückt mir der Portier eine Karte mit folgendem Aufdruck in die Hand:

Unseren verehrten Hundefreunden teilen wir höflichst mit, daß am ... nachmittags 4½ Uhr ein Tee „Die Dame und ihr Hund" stattfindet.
Vorführung von Rassehunden: Hundesport haus S. Wir erwarten Sie mit ihrem Hund.
Mit vorzüglicher Hochachtung
(folgt Name des Cafés).
In der oberen Etage: Gedeck 2,— RM., inkl. Hundegedeck.
Tischbestellung: (folgt Telephonnummer).

Daß dies kein dummer Scherz, sondern Wirklichkeit war, wurde durch einige Plakate vor dem Lokal illustriert.

Neugierig, welche Zugkraft diese neueste Geschmacklosigkeit ausüben würde, begab ich mich in die „obere Etage" — und siehe da — der „Hundetee" war bereits in vollem Gange. Die schwülstige Atmosphäre von Parfüm, Schminke und Seide, dazu die entsprechende Musik einer „veredelten" Zigeunerkapelle bildeten das Milieu, in dem sich die ausgeruhten Gehirne der Dame von Welt und Halbwelt nebst den dazugehörigen Kavalieren ernsthaft mit der wichtigen Frage beschäftigten, wie man seinem „Liebling" ein wahrhaft exklusives Hundeleben bereitet. Man bewunderte und ließ bewundern, wobei die mitgebrachten vierbeinigen Spielzeuge die Brücke der Annäherung bildeten.

Boys in Livree verteilten zwischendurch an die die Jazzband-Kapelle unterstützenden Rasseköter feinverpackte Kekse, die, Kindern gereicht, manch dankbaren Blick hervorgezaubert hätten.

Dieses groteske Schauspiel mußte auf jeden unverbildeten Beschauer wie ein Hohn auf die Menschlichkeit und wie eine Anklage gegen die Fäulniserscheinungen der bourgeoisen Gesellschaft wirken. Eine Klasse, die außerdem noch vorgibt und für sich in Anspruch nimmt, gebildet zu sein.

Voll Ekel floh ich diese gastliche Stätte und dachte darüber nach, daß das Wort „Wir Wilden sind doch bessere Leute" eine tiefere Bedeutung hat. Proleteus.

Wie die Minderbemittelten sich einschränken müssen

Die Veröffentlichungen über die amtlichen Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen werden vom Statistischen Reichsamt fortgesetzt. In Nr. 24 von „Wirtschaft und Statistik" befindet sich u. a. eine Gegenüberstellung des Verbrauchs je Vollperson von Nahrungs- und Genußmitteln in den einzelnen Einkommenstufen. Die Verbrauchsverschiebungen, die sich bei einer Veränderung des Einkommens ergeben, sind außergewöhnlich groß. Erfaßt werden Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen mit einem Jahreseinkommen je Haushalt bis unter 2500 Mark, bis 4300 Mark und mehr. Eine Vollperson zur Unterlage genommen, erhöhen sich die verbrauchten Mengen der wichtigsten Nahrungsmittel von der untersten bis zur obersten Wohlhabenheitsstufe wie folgt:

	unterste Wohlhabenheitsstufe	oberste Wohlhabenheitsstufe
Fleisch und Fleischwaren	33,0 kg	60,0 kg
Milch	109,4 l	168,9 l
Butter	2,7 kg	10,1 kg
Käse	3,6 „	6,2 „
Eier	78 St.	227 St.
Weißbrot und Weizenkleingebäck	14,8 kg	26,5 kg
Gemüse	30,6 „	48,6 „
Kaffee, Tee, Kakao	4,4 „	5,9 „
Obst	15,8 „	51,6 „

Es handelt sich hier um ein Jahreseinkommen je Vollperson bis unter 800 Mark und von über 1500 Mark. Die Zusammenstellung spricht für sich selbst. In der obersten Wohlhabenheitsstufe war der Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren fast um das Doppelte höher, an Milch um das Eineinhalbfache, an Butter um das Vierfache, an Eiern um das Dreifache usw. An der Spitze standen die untersten Einkommenstufen bei dem Verbrauch von Margarine, Schmalz, Grau- und Schwarzbrot usw. Naturgemäß waren die in der höheren Wohlhabenheitsstufe verzehrten Nahrungsmittel von besserer Qualität. Die Gegenüberstellung ist zweifellos ein Beweis dafür, wie die Minderbemittelten sich einschränken müssen. Sie sind zum Darben verurteilt und erreichen den notwendigen Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel nur selten. Daß es in Deutschland noch Einkommen gibt bis 800 Mark ist das Schrecklichste bei dieser Feststellung.

Ernst Preczang / Von Martin Andersen-Nexö

Wie oft bekommt man nicht von „authentischer Seite" zu hören, daß es keine proletarische Kunst gibt und auch keine geben kann: Kunst ist einfach Kunst, ob sie von oben in der Gesellschaft oder von unten kommt, ob sie eine Elite- oder Massenangelegenheit ist. Allah ist Allah, und Mohammed ist sein Prophet! Fertig!

Wir wollen uns aber auf die Dauer nicht damit abfertigen lassen, denn selbstverständlich gibt es eine proletarische Kunst — wie es z. B. auch eine christliche gibt; und darüber sind sich ja doch alle Autoritäten hübsch einig. Man heißt sogar oft die christliche Kunst die religiöse Kunst, was aber ein großer Unsinn ist; denn alle Kunst religiösen Ursprungs — ist weltanschaulich.

Es gab eine Zeit, wo kein Christentum und also auch keine christliche Kunst da war, und wieder eine, wo das Christentum zu der führenden Weltanschauung heranwuchs. Die künstlerische Hochblüte des Christentums fällt recht spät, wie es natürlich ist: Erst Jugend und Tat, dann Gesinnung und Auskristallisierung.

Heute sind die christliche Weltanschauung und ihre reichen geistigen und künstlerischen Schöpfungen Geschichte; sie sind Petrefakten, Versteinerungen, die uns eine versunkene Kulturphase wieder verlebendigen. Erstarrte Welten tragen aber nichts; nur wo das Leben fiebert, wird erzeugt.

Wie der Vogel in der Brutzeit von seiner brennenden Brust die Federdecke wegreißt, um an die Eier mit seiner Blutwärme heranzukommen, so reißen Menschen ihr Herz auf, um die Zukunft drin auszubrüten. Nicht alle; gewöhnlich ist es eine Schicht, eine Klasse, die sich im Brennpunkt des Lebens fühlt und die Verantwortung für die nächste Strecke übernimmt! Und wer kann dafür blind sein, daß heute das Proletariat es ist, das durch seine Weltanschauung die höchste Verantwortlichkeit übernommen hat und unter seinem Herzen das neue Leben trägt.

Natürlich ist die Morgenröte einer neuen Kulturphase nicht in erster Reihe künstlerisch betont; die Kunst neigt mehr der Abenddämmerung zu. Der Künstler, der das Glück hat, zu der Vorhut einer Phase zu gehören, kennt kein l'art pour l'art, er ist wie die alten Barden der nordischen Sagenzeit, die vor der Front gingen und singend zum Kampfe mahnten — ein Kämpfer, ein Wecker und Erfreuer!

Und hier begegnet uns die deutsche proletarische Literatur. Wer kann verkennen, daß durch Preczang, Gröger, Lersch und den früh gestorbenen Petzold — um nur einige zu nennen — zu gleicher Zeit das deutsche Proletariat entflammt und das geistige Antlitz Deutschlands um neue Züge, schmerzliche, tief-innerliche und zukunftsfrohe, bereichert worden ist. Im selben Umfang wie der proletarische Dichter auf alles Artistentum verzichtet und sich so hergibt, wie sein proletarischer Schnabel gewachsen ist, gewinnt er für sein Volk und die Menschheit neues Land.

Ernst Preczang ist der vierschrötigste von uns allen. Es soll ihm jetzt zu seinem sechzigsten Geburtstag gesagt werden, daß er wunderbar fest auf seinen Dichterbeinen steht. Die Versuchung ist groß, der Welt zu zeigen, daß man, obwohl „nur" Proletarier, all die bürgerlichen Flickflacks, das Nabelgucken, das überseelische Voltigieren, das Hervorzaubern aus einem leeren Aermel, auch bewältigt. Um so verdienstvoller ist es, wenn einer es trotz aller Verlockungen und Versuchungen fertigbringt, in seiner schlichten Proletarierhaut steckenzubleiben und sich dort genial auszuwirken.

Preczang hat das verstanden, besser: er ist, in allem, was er hervorbringt, der selbstverständliche Proletarier. Hier ist ein Dichter, der keine Spur von intellektuellem Können zur Schau trägt, der sich den Teufel um die hohe Schule des Parnasses schert, dessen künstlerische Ideale nicht artistisch, sondern menschlich sind, dessen Sprache schlicht und einfach ist, dessen Stoff dem alltäglichsten Leben entspringt. Und eben dadurch, daß sein Instinkt in Ordnung ist und er nicht aus seiner proletarischen Haut kann, wird seine Produktion dichterisch so stark. Und so wertvoll als Zeugnis einer Weltanschauung, die in der breitesten Menschheit wurzelt, der Lehre, daß alle nud alles für alle da ist, der Solidarität!

Der Weltkrieg hat viele, selbst von den muffigsten Egoisten, die früher nicht gern über sich selbst hinausdachten, ins Lager der solidarischen Denkenden — ins Allemannsland — hinübergetrieben. Als die Lehre von dem Einzelnen, der Individualismus also, schauerlich Pleite machte, griff die Entwicklung tief in die Tiefe und holte die Massen heran; nur die können die neue große Allgemeinheit verwirklichen. Und wie schön verkörpert nicht Ernst Preczang die breite Masse, die neue Menschheit! Oft genug wird uns Hokuspokus — Dadaismus und Kubismus und Gott weiß was — als die neue Kunst der neuen revolutionären Zeit vorgeführt. Preczang ist einer von den wenigen, die sich nicht haben beirren lassen. Er verwechselt nicht leicht Brot und Mixed Pickles; er weiß, daß das Neue sich nie als neue Form, sondern immer als neuer Inhalt manifestiert, daß vielmehr die Jagd nach neuen Formen eine Dekadenz-Erscheinung ist.

Es wäre verlockend, auf Ernst Preczangs starke Produktion, die sowohl Dramen wie Gedichte, Romane und Erzählungen umfaßt, hier näher einzugehen. Der Proletarier soll sie sich aber selbst heranholen — und darüber staunen, was für einen prächtigen Dichter und Anwalt die Unterklasse hier hat. Viel zuwenig ist er bis jetzt gelesen worden, und manche seiner Arbeiten liegen gar nicht mehr vor. Auch in diesem Sinne ist Preczang ein echter Proletarier, daß er keinen persönlichen Ehrgeiz hat; läge es an ihm, wäre er ganz in die Anonymität der Volksdichtung untergetaucht.

Ernst Preczang hat eine unter den heutigen Dichtern sehr seltene Gabe, die schöpferische Gabe des Gestaltens. Kaum sind ihm seine Gestalten aus seinen Fingerspitzen heraus, dann leben sie ihr Eigenleben — und leben es weiter in dem Leser, lange nachdem dieser das Buch beiseitegelegt hat.

So ist er allem ein genialer Exponent der heutigen Unterklasse, der geglückte Ausdruck ihrer besten Eigenschaften. Es gibt Vögel, die — wie hoch und weit sie auch fliegen — doch immer zu dem ersten Heimatsort zurückkehren; Preczang ist in seinem höchsten Flug immer bodenständiger Proletarier geblieben. Auf ihn paßt, wie auf wenige, das Wort Kamerad. Eben das macht seine Arbeiten so reich an Vitaminen für uns, die wir nur Menschen sein wollen, nicht mehr und nichts weniger; und es ist zu hoffen, daß seine Produktion bald gesammelt und zugänglich gemacht wird für die breiten Schichten mit dem offenen Sinn und dem kleinen Geldbeutel.

Ein Gruß dem Kameraden Preczang!

— Anmerkung der Redaktion: Den Steinarbeitern ist er wenigstens dem Namen nach sicherlich kein Unbekannter, denn viel von ihm haben wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit im „Steinarbeiter" zum Abdruck gebracht.

Was irgend gelten will und walten,
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband – Für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme • Karl Marx

Belehre den Neuling! Der Neuling im Betriebe ist Unfallgefahren besonders ausgesetzt, weil ihm die Arbeitsvorgänge und Betriebsverhältnisse noch fremd sind. So erleiden nach den Erfahrungen eines großes Werkes neueingestellte Arbeiter in den ersten Monaten fünfmal soviel Unfälle wie ältere Arbeiter. Wenn nun auch jeder Arbeiter bei seiner Einstellung in der Regel unterwiesen wird, so ist er doch in starkem Maße auf die Belehrung durch seine älteren Mitarbeiter angewiesen, um in mancherlei Unfallgefahren nicht blind hineinzulaufen. An den Kameradschaftsgeist der älteren und erfahrenen Mitarbeiter und Arbeitskollegen ergeht daher der Ruf: „Helft Unfälle verhüten, indem ihr willig Rat und Auskunft an die Neulinge erteilt.“ Und für die Neulinge gilt es, solchen guten Rat auch anzunehmen. Das Besserwissenwollen hat so manchen Unfall auf dem Kerbholz. Niemand vergibt sich etwas, wenn der Verletzte und Mitarbeiter fragt: „Was kann mich hier in Gefahr bringen, und wie schütze ich mich davor?“ **Vor allem Umsicht, Vorsicht, Rücksicht!**

(Aus dem Unfallverhütungs-Kalender 1930.)

Der Berliner Gesellenverein der Steinsetzer, über den bereits im „Steinarbeiter“ einiges zu lesen war, hat sein 1. Mitteilungsblatt 1930 herausgegeben. Sein Inhalt strotzt von üblen, demagogischen Anwürfen gegen die Gewerkschaften allgemein und gegen den Steinarbeiterverband im besonderen. Dann bringt das Blättchen dieser Kirchturmsrevolutionäre und engstirnigen Vereinsmeier eine blöde Anpöbelung im Reim an die Adresse unseres verdienten und verehrten Kollegen Alex. Knoll. Auf welcher Höhe diese „Geistesarbeit“ steht, können unsere Verbandsmitglieder aus dem letzten Vers entnehmen, der so lautet:

„Die Heilsarmee, für dich ich rufe an,
Damit sie dich mal nimmt beim Kamm,
Und dir dein letztes Licht ausbläst,
Weil du die heut'ge Zeit nicht mehr verstehst.“

Unterzeichnet ist dieses Machwerk von Herm. Pusch, wahrscheinlich soll er richtiger Fusch heißen. Doch das nur nebenbei, denn an unseren Kollegen Knoll reicht der Reim nicht weiter heran, wie eine Dreckpfütze an seine Stiefelsohlen.

Wenn die Leitung dieses Gesellenvereins dessen geistige Konzentration so darstellt, wie sie in diesem Mitteilungsblatt Nr. 1 zum Ausdruck kommt, dann ist es vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen wirklich nur zu begrüßen, wenn sie ihren eigenen Laden betreuen. In einem Artikel „Tod den Gewerkschaften“ wird die gewerkschaftliche Arbeit und Leistung in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren bis zur Jetztzeit lediglich aus der Froschperspektive beurteilt und mit nachgeplapperten syndikalistischen Phrasen wird dazu gequakt. Das haben nämlich andere schon viel früher, viel besser gekonnt und getan als die jetzigen Steinsetzer-Schriftsteller im Mitteilungsblatt des Berliner Gesellenvereins. Aber woher sollten diese neuen Vereinsmeier es denn auch wissen? — und so verkünden sie heute als pure Weisheit, was bereits Anfang der neunziger Jahre von syndikalistischen Gewerkschaftsbekämpfern publiziert wurde. Nämlich der Schluß in dem genannten Artikel klingt so aus:

„Es bleiben also Institutionen für Verdummung und Massenknebelung, Institutionen zur Unterhaltung einer schmarotzenden (privatunternehmermäßig eingestellten) Führerbürokratie.

Kurz, dieselben alten Gewerkschaften mit dem einzigen Unterschied, daß ihre Bürokratie die revolutionäre Phrase geschickter ausgenutzt hat.

Deshalb: Heraus und Tod den Gewerkschaften!“

Es erübrigt sich, dagegen ein Wort zu schreiben oder zu sagen, denn die gewerkschaftliche Entwicklung ist darüber schon damals im Bewußtsein ihrer gerechten Sache, ihrer Aufgaben und ihres Könnens hinweggeschritten und wird auch in der Neuzeit mit dieser anarchosyndikalistischen Belferei, wie sie das Mitteilungsblatt des Berliner Gesellenvereins beliebt, fertig werden. Wenn das Blättchen sich nun weiter in der Rolle des Mopses, der den Mond anbellt, gefällt, soll es uns recht sein. Ob aber die Mitglieder auf die Dauer davon befriedigt sind, steht auf einem anderen Blatt. Die Entwicklung wird uns und den Berliner Gesellenverein das noch lehren. Das andere Blatt wird zu gegebener Zeit der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands zweifellos aufschlagen und es dann dem Gesellenverein und seiner Leitung unterbreiten. Gewerkschaftliche Analphabeten brauchen leider eine gewisse Entwicklung, bis sie das gewerkschaftliche ABC intus haben.

Der gewerkschaftliche Schriftsteller. Da kommt immer wieder das Gewerkschaftsblatt — „Der Steinarbeiter“ — in das Haus; berichtet über Bewegung und Beruf, über Aufgaben und Ziele. Und wird gelesen — oder nicht gründlich gelesen. Aber es will, es muß ganz gelesen sein! Denn es soll die Verbindung schaffen zwischen Theorie und Praxis, Idee und Wirklichkeit. Es soll das Rüstzeug für das kämpferische Leben bieten. Es soll wissenschaftliche Erkenntnis und wirtschaftliche Gesetze und sittliches Erlebnis umsetzen in Aufklärung und in Wollen. Aus der schöpferischen Stunde eines einzelnen soll es austeilen an alle, daß das zur Tat werde und zu Fortschritt, was da in Büchern und Zahlen geborgen ist. Und vom überschäumenden Wollen einer Kämpferseele soll es zeugen, daß die Bewegung wieder und wieder durch das Verbandsblatt erfüllt wird mit Energien der Kraft und des Könnens.

So sitze ich an meinem Schreibtisch, das, was da in Büchern und Blättern und an Erfahrung und Kenntnis und an revolutionären Energien vorhanden, umzusetzen in Werk und in Kampf. Da vor mir liegt eine Notiz, die in einer größeren Arbeit einer Zeitschrift versteckt gewesen. Da ein Buch, das auf Seiten herausfordert zum Widerspruch. Da eine Zahl, die wartet, als Beweis zu dienen. Da im anderen Buche eine Anregung zu einer weiteren Arbeit. Heute ward es gefunden oder vor Wochen. Und auf einem Spaziergange kam ein Gedanke hinzu und durch anderes Erlebnis der andere Gedanke. Und das alles zerstreut, da vor mir in Büchern und Blättern, zur Linken, zur Rechten, dieses Chaos, es will zur Ordnung werden, zu einer Verbindung, zum Werk, das als Ganzes dann durch die gewerkschaftliche Zeitung in die Heime dringt, in die Fabriken, auf den Bauplatz, in die Werstatt.

Und im anderen Hause und in anderer Stadt wieder andere Menschen am gleichen Werke. Der eine von diesem Standpunkt die gewerkschaftliche Bewegung betrachtend, der andere von jenem, wirtschaftlich, kulturell. Erkennend, sehnend. Aufrüttelnd! Und da Funktionäre, die Erfahrung des engeren Wirkungskreises umzusetzen in eine Idee: Ist's nicht auch dort so? Bei dir? Oeffne die Augen! Und Glieder des Volkes schaffen mit. Aus tausendfachen Quellen sprudelt das Leben. Und das alles dann lesen, heißt teilnehmen am großen schöpferischen Suchen der Zeit. Wir wollen! Und so und nur so kann es sein! Alles beweist es. Und Herzen voll Rechtsgefühls und voll Freiheitsglaubens drängen dahin, in allen Orten, in aller Welt.

Dein Blatt — „Der Steinarbeiter“ — ist nicht ein Papier, das durch die Druckmaschine gegangen und mit der Ankunft bei dem Mitglied seinen Zweck erfüllt. Dein Blatt bebt vor lebendigen Energien. Lies und erlebe! Nimm teil! Erkenne! Werde gefaßt! Und gib das Blatt weiter, daß es bei anderen wirke! Aus dem Chaos soll Ordnung werden, Plan, Freiheit und Recht! Und hierbei ist jeder der Schöpfer, der die Ideen seines Blattes zur Tat und zum Kampfe macht.

Dr. G. H.

Gefahren der Steinbruchsarbeit. Der Steinspeller, unser Kollege P. Barthel in Demitz-Thumitz verunglückte am 4. Januar im „Großen Bruch“ (Sächsische Granit-A.-G. vorm. C.G. Kunath) bei Hantierung mit einer 75 Pfund schweren Preßluftmaschine. Barthel war an einem Abhange beschäftigt. Durch das Rattern der Maschine löste sich der scheinbar noch feste Stein und Barthel stürzte mit der Maschine etwa 4 Meter tief hinab. Der Verunglückte hat schwere Kopfverletzungen und andere am gesamten Körper erlitten so daß er in das Krankenhaus nach Bautzen transportiert werden mußte.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperrt:

1. Gau: In Greifenberg (Pomm.) die Steinsetzfirmen Riepert, Wagner, Drescher, Segebarth.

2. Gau: In **Gleiwitz** die Granitschleiferei Fa. Jakobowitz, Inhaber Jo. B. Mahler.

4. Gau: In **Altenburg** die Steinsetzfirma Pötschig wegen Tarifbruch.

5. Gau: In **Hiddesen** die Firma Schneidewind.

6. Gau: **Odenwaldbezirk** (Werkstein- und Pflastersteingruppe). Der Lohnstreit über die Entlohnung der Reparationsarbeiten ist trotz Vermittlung auf einem toten Punkt angelangt, so daß hier anscheinend nur noch Gewaltmittel siegen können. Die Unternehmer belieben sie schon. Am 21. Dezember hat die Firma Rüth & Reinmuth in Heppenheim ihre gesamte Belegschaft fristlos entlassen. Sie begründet ihre Maßnahme damit, daß sie mit der Lieferung der Reparationsarbeiten voraus sei, und die Hessische Landesbank, die die Finanzierung durchführe, infolge der allgemeinen Geldknappheit weitere Vorschüsse für die Herstellung von Reparationsarbeiten nicht geben könne.

Zuzug ist unter diesen Umständen unbedingt fernzuhalten.

11. Gau: In **Bad Oldesloe** die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommen die Steinsetzer und Berufsgenossen keinen Lohn.)

*

Zur Beachtung: Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im **Zwischenraum** von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst **unterbleibt** die weitere **Bekanntmachung.**

Abterode. Am 22. Dezember 1929 waren in der Bezirksversammlung anwesend der Gauleiter Göhre und Bezirksleiter Reis. Durch Zuruf wurde Kollege Mauer, Abterode, zum Vorsitzenden und Schreiber, Eltmannshausen, zum Schriftführer bestimmt. Kollege Göhre erläutert eingehend die Aufgaben und Ziele der freien Gewerkschaftsbewegung. Zum Beweis der noch bestehenden Zersplitterung unter der Arbeiterschaft zählt er die Gruppen und Grüppchen auf. Auch der Stahlhelm will die Arbeiterschaft durch Errichtung der „Stahlhelmhilfe“ beglücken und versucht, die in der freien Gewerkschaftsbewegung üblichen Unterstützungseinrichtungen nachzuahmen und spekuliert auf die Dummheit der Arbeiterschaft. Darum heißt es, die Lauen und Indifferenten aufzurütteln, um diesen Erscheinungen entgegenwirken zu können. Das Unternehmertum ist ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Glaubensbekenntnisse fest zusammengeschlossen, und welche Macht diese entwickeln, zeigen die Ereignisse der letzten Zeit deutlich genug. Dann kommt Kollege Göhre auf unsere Tarifverhandlungen zu sprechen. Er gibt die beiderseitigen Forderungen bekannt und hebt die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hervor, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern. Vor allen Dingen müssen Ueberstunden vermieden werden. Bisher haben vier Verhandlungen stattgefunden ohne Ergebnis. Die Unternehmer haben nun den Tarif zum 31. Dezember 1929 gekündigt. Damit verliert auch die Sonderregelung für Ueberlandzulagen im Kasseler Bezirk ihre Gültigkeit. Ob es bei den neuen Verhandlungen ohne Kampf abgeht, läßt sich nicht voraussagen, jedenfalls müssen wir den kommenden Ereignissen mit Festigkeit entgegensehen. Göhre erörtert dann die Bemühungen der Organisationen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages für alle im Straßenbau beschäftigten Arbeiter. Auch hier gehen die Verhandlungen wegen der Beteiligung mehrerer Organisationen auf Unternehmerseite nur langsam vorwärts. Zum Schluß ermahnt Göhre, im neuen Jahre besser auf dem Posten zu sein und keine Rechte aufzugeben. Reicher Beifall belohnt die Ausführungen des Gauleiters. — In der Diskussion bezeichnet der Kollege Pierson, Kassel, die Ausführungen des Kollegen Göhre als eine Anklagerede gegen die Kollegen, die im verflossenen Jahre im Bezirk Kassel tätig waren. Durch die hier getroffenen Sonderbestimmungen sind die Kollegen der Lohnkommission in den Rücken gefallen. Alle Kollegen, die sich noch an der Diskussion beteiligen, tadeln das Verhalten der Kollegen, vor allem auf den Baustellen im Kreise Witzenhausen, und weisen einmütig die Forderungen der Unternehmer bei den Ueberlandzulagen zurück. — Auf Anfrage aus der Versammlung geht dann Kollege Göhre in seinem Schlußwort auf die Einführung der Invalidenunterstützung und die zu diesem Zweck stattfindende Urabstimmung näher ein. Die Zentrale hat durch Fragebogen bei den Zahlstellen die nötigen Unterlagen gesammelt. In der nächsten Zeit wird eine Funktionärbesprechung sich mit dem vorliegenden Material beschäftigen und die zur Urabstimmung nötigen Schritte vorbereiten. Er geht dann auf sonst gestellte Fragen näher ein und ermahnt die Kollegen, alles zu tun, damit der Kampfgeist und die Opferfreudigkeit unter den Kollegen gestärkt werde. Hierauf schließt mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband die gutbesuchte Versammlung.

Dresden. Steinsetzer und Rammer. Generalversammlung am 4. Januar 1930. Tagesordnung: Berichte des Vorstands und sonstige und Neuwahl. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vorstands und die Entwicklung unserer Fachgruppe im vergangenen Jahre. Er fordert die Anwesenden auf, sich zu Ehren der drei verstorbenen Kollegen von ihren Plätzen zu erheben. Die Mitgliederzahl beträgt 244. Er bittet um Wahlvorschläge zum 1. Vorsitzenden. Es werden vorgeschlagen die Kollegen Otto Langer, Alfred Krippendorf, Hermann Kirchhof und Hugo Ehrlich. Die beiden Letztgenannten lehnen ab. Von 82 abgegebenen Stimmen entfallen auf Krippendorf 40, Langer 40, Ehrlich 1 und 1 Stimme ungültig. Da Langer zugunsten Krippendorfs zurücktritt, erübrigt sich, die Wahl nochmals vorzunehmen. Dadurch wurde Krippendorf 1. Vorsitzender, Langer 2. Als 1. Schriftführer wurde Eckhardt einstimmig wiedergewählt und als 2. der Kollege Herbert Fichtner. Als Jugendleiter die Kollegen Hans Hummel, Wettengel und Klemenz. Lohnkommission Krippendorf, Langer und Eckhardt, Schlichtungskommission Krippendorf, Langer und Hummel. Als Verbandsausschußmitglied wurde Kollege Ehrlich mit großer Mehrheit gewählt. Dann erstattet Kollege Langer Bericht über die am 22. Dezember 1929 in Dresden stattgefundene Landeskonferenz und bringt in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß er mit Verlauf und Resultat der Konferenz nicht zufriedengestellt sei, er habe sich von einer Landeskonferenz etwas ganz anderes vorgestellt. Von der gefaßten Entschließung verspricht er sich nichts. Koll. Kirchhof bemängelt, daß zu dieser Konferenz 5 Delegierte beordert wurden, was natürlich unnötige Kosten verursache, was ihm auch ohne weiteres vom Vorredner zugegeben wird. Hierüber entspinnt sich eine rege Aussprache und es wird ausdrücklich ersucht, mehr Sparsamkeit walten zu lassen. Zum Schluß entspinnt sich noch eine rege Aussprache über das Für und Wider der Einführung der Invalidenunterstützung im Verband. Eingeleitet wurde die Aussprache durch einen Bericht des Kollegen Bergan.

Sorau (N.-L.). Die Jahreshauptversammlung am 29. Dezember war der Zahl der Mitglieder entsprechend ungenügend besucht. Die Tagesordnung war wichtig und umfangreich. Kollege Decker gab Bericht von der Bezirkskonferenz in Forst, in der die Vorarbeiten zur Kündigung des Lohntarifs erledigt wurden. Verschiedene Sätze des Vertrags sollen geändert werden. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Zum Vorsitzenden der Zahlstelle wurde Kollege Breuer gewählt. Beim Kassierer erfolgte Wiederwahl des Kollegen Martin. Schriftführer wurde Kollege Decker. Revisoren wurden die Kollegen H. Neumann und Wuntke. Breuer gab dann Bericht über seine Tätigkeit als Betriebsobmann. Er rügte das Ueberstundenwesen. Dem Kollegen Paul Bogisch soll eine Verwarnung erteilt werden; bei Wiederholung Ausschluß aus der Organisation. Denn er leistete Ueberstunden, während andere Kollegen erwerbslos waren. Von Aenderungen des Statuts wurde Kenntnis genommen. Dem Kollegen Küchler wurden 10 Mark Notfallunterstützung aus der Lokalkasse bewilligt. Der neugewählte Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Mahnung, im neuen Jahre die Versammlungen reger zu besuchen.

Bedesbach. Am 5. Januar tagte hier die Generalversammlung. Der Vorsitzende bedauerte die Interessenlosigkeit der Kollegen, da nur 18 Mitglieder anwesend waren. Nach Verlesung der letzten zwei Protokolle gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Die Kasse ist geprüft und in Ordnung befunden. Dann wurden folgende Kollegen wieder- bzw. neugewählt: Adolf Ludwig als 1., Karl Theobald 2. Vorsitzender, Jakob Zimmer, Kassierer, Ernst Rech, Schriftführer, Hermann Höbel, Karl Dick, Ernst Heidrich, Beisitzer und Friedrich Schäfer, Richard Mersy wurden Revisoren. Die Unterkassierer behielten ihre Funktion weiter. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten hatte die Versammlung ihr Ende.

Gumbinnen. Generalversammlung am 5. Januar. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1929 — Neuwahl — Verschiedenes. Unser Bezirksleiter Kollege Kasper war anwesend. Nach der Vorlesung des Protokolls gab Kollege Becher Bericht über den Kassenbestand vom Jahre 1929, den die Revisoren für richtig befunden haben. Dann ging man zur Wahl des neuen Vorstandes über, wobei Kollege Kasper den Vorsitz führte. Gewählt wurden die Kollegen Raubereit zum 1., Korek zum 2. Vorsitzenden, 1. Kassierer wurde Unger, 2. Becher, 1. Schriftführer Wallat, 2. Dreikopf. Hilfskassierer Roese, Revisoren Kroek und Kemesies. Kartelldelegierter Kollege Wallat. Darauf hielt Kollege Kasper einen Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Kollege Gloede schilderte uns die Verhältnisse beim Wohlfahrtsamt, da doch ein großer Teil unserer Kollegen vom Wohlfahrtsamt unterstützt wird. Außerdem kam noch eine Aussprache zustande über einen früheren Beschluß, der lautet: „Die Kollegen, die den ersten Mai nicht feiern, mit einer Geldbuße von 2 Mark zu belegen.“ Dieser Beschluß wurde, soweit er für Lehrlinge in Frage kommt, aufgehoben. Da ein Lehrling diese 2 Mark schon bezahlt hatte, wurden sie ihm zurückgezahlt. Zum Schluß der Versammlung wurden die Kollegen Kones, Adomat und Zulich aus der Mitgliederliste gestrichen, weil sie länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Schluß der Versammlung um 1.30 Uhr. (Der Bericht war auf 2 Seiten beschrieben.)

Döbeln. Am 5. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Von 42 Mitgliedern der Zahlstelle waren 20 anwesend. Die Tagesordnung lautete: Neuwahl — Jahreskassenabrechnung — Berichte — Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Geißel das Resultat der Bücherkontrolle bekannt. Die Mitgliedsbücher befanden sich zum großen Teil in Ordnung. 13 Mitglieder wurden wegen Rückstände gestrichen. Bei der Neuwahl wurde Gazdick als Vorsitzender wiedergewählt. Kassierer Winkler gab sein Amt ab. Als Kassierer wurde der Kollege Geißel einstimmig gewählt. Schriftführer wurde Paul Schlechte, Stellvertreter Paul Phillipp, Arno Winkler und Paul Gleibe. Als Delegierte in den Ortsausschuß des ADGB. wurden der Vorsitzende Gazdick und der Kassierer Geißel gewählt. Die Jahreskassenabrechnung konnte Kassierer Winkler noch nicht bekanntgeben, da er das 4. Quartal mit der Hauptkasse noch nicht abgerechnet hat. Die Abrechnung wird in der nächsten Versammlung bekanntgegeben. Kollege Gazdick gab Bericht von der Landeskonferenz in Dresden. Dann verlas er einige Rundschreiben vom Hauptvorstand und Gauleiter. Die Berichte wurden ohne besondere Debatte entgegengenommen. In „Verschiedenes“ erfolgte eine lebhafte Aussprache über die Lehrlingshaltung und über die Wohlfahrtseinrichtung; wiederholt wurde der Kollege Wilhelm Hoyer erwähnt, der Vorsitzender vom Gesellenausschuß ist und in der Wohlfahrtseinrichtung mit tätig ist. Dem genannten Kollegen sind wiederholt Mißstände über Lehrlingshaltung und Lehrlingseinstellung gemeldet worden, auch solche, wo verschiedene Unternehmer in unserem Bezirke keine Wohlfahrtsmarken kleben. Jede Auskunft und Eingreifen gegen solche Unternehmen ist bisher ausgeblieben. Am Schluß der Versammlung wünschte der Vorsitzende, daß auch im Jahre 1930 alle Mitglieder rege an dem Verbandsleben teilnehmen und ihren Verpflichtungen immer nachkommen.

Leipzig I. Die Generalversammlung am 7. Januar war leider nur mäßig besucht. Der Vorsitzende gab Bericht über das letzte Geschäftsjahr. Am Bericht des Vorsitzenden sowie an dem des Kassierers wurde keine Kritik geübt. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende, Kollege O. Hofmann, wurde einstimmig wiedergewählt. Da der bisherige Kassierer ablehnte, wurde an dessen Stelle Kollege Albin Naumann gewählt. — Eine lebhafte Debatte entspann sich über den früheren Kollegen Ernst Schäfer, der jetzt Straßenbauunternehmer spielt. Als er noch Verbandsmitglied war, verging keine Versammlung, wo er nicht in blöder und radikaler Weise Kritik an den Verbandsangestellten übte. Heute beschäftigt dieser Radikalinski und Wortheld Unorganisierte, und zwar holt er sich Landsleute aus der Lausitz. Diese Kollegen, die vor lauter Radikalismus das Beitragszahlen in ihrer Heimat vergaßen, schädigen heute die hiesige Zahlstelle schwer. Es sind die Steinmetzen Aug. Albert, Ew. Vogel, Rich. Ader usw. in der Zahlstelle Cunewalde sicherlich nicht unbekannt. Sie arbeiten nicht im Stundenlohn, wie es tariflich für sämtliche Mitglieder in Leipzig bindend ist, sondern im wilden Akkord. Die Arbeitszeit wird selten innegehalten und geschuftet wie im schwärzesten Winkel vor etwa 30 Jahren. Ihre sozialen Beiträge bezahlen diese Helden auch noch freiwillig allein. Leipziger Steinmetzen stellt dieser neugebackene Unternehmer Schäfer nicht ein, zumal die hiesigen Kollegen seine Methoden ablehnen. Wäre dem Schäfer als Steinmetz Derartiges geboten worden, dann wäre er der wütendste Kritiker in den folgenden Versammlungen gewesen. — Recht interessante Ausführungen machte unser Verbandsvorsitzender Kollege Winckler über die Aufgaben im neuen Jahre, er wünscht, daß das bisherige gute Einvernehmen zwischen der Zahlstelle und dem Hauptvorstand weiterbestehen möge. — Kollege Jahrmarkt gibt Wissenswertes betreffs Erkrankung der Steinstaublunge, und fordert die Anwesenden auf, die Entscheidungen über ihre Unfallrenten immer dem Hauptvorstand mitzuteilen, damit Unterlagen gesammelt werden können. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Anwesenden auf, die Anregungen des Kollegen Koch, betr. Hebung des Versammlungsbesuches, zu beherzigen und auch danach zu handeln, damit im neuen Jahre der Besuch besser sein möge.

Rundschau

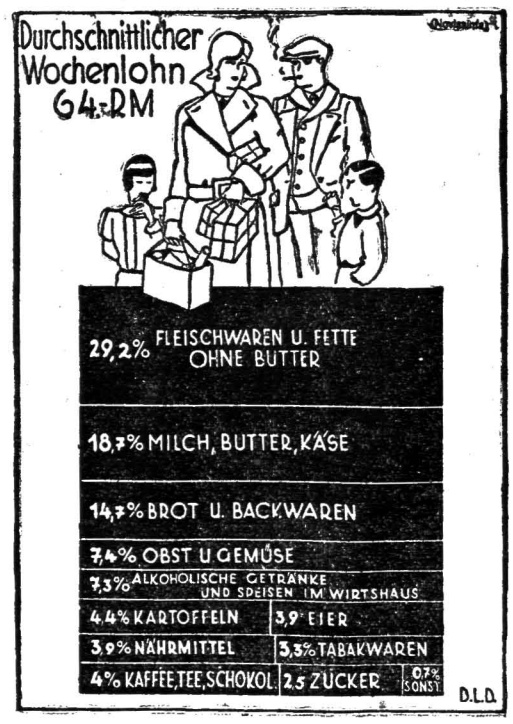
Steine im Güterverkehr. Steine und Steinwaren stehen unter den Hauptgütergruppen, die die Deutsche Reichsbahn aufweist, an zweiter Stelle und machen mengenmäßig etwa 13 Prozent des Güterverkehrs aus. Jährlich werden bei der Reichsbahn rund 45 Millionen Tonnen Steine befördert, die sich zu 65 v. H. auf Natursteine und zu 35 v. H. auf Kunststeine verteilen. Die Reichsbahn, die die Steine meist im offenen Wagen befördert, braucht selbst für Unterhaltung und Erneuerung der Gleisbettung größere Steinmengen, die sie in besonderen Schotterwagen mit selbständiger Entladungsmöglichkeit auf die Strecke befördert.

Die Reichsindexziffern der Lebenshaltungskosten. Im Monat Dezember ist eine geringfügige Senkung der Lebenshaltungskosten festgestellt worden. Die Indexziffer im verflossenen Jahre war: Januar 153,1, April 153,6, Oktober 153,5 und Dezember 152,6. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die amtlich errechnete Indexziffer nicht alle Ausgaben eines Arbeiterhaushaltes umfaßt. Es fehlen z. B. die Beträge für die Sozialversicherung und die Steuern. Ueberdies ist der amtliche Index auf den bescheidensten Bedürfnissen einer Arbeiterfamilie aufgebaut worden. Jedenfalls spüren die Arbeiter nichts von den Preisrückgängen, die sowohl im Sinken der Meßziffer der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten zum Ausdruck kommt.

Die hohe Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit hat in der letzten Dezemberwoche und Anfang Januar sehr wesentlich zugenommen. Und dies bei einer Temperatur von 10 bis 15 Grad über Null! Mitte Dezember wurden im Reich rund 1,4 Millionen Personen in der Arbeitslosenunterstützung unterstützt. Dazu treten noch 194 000 Personen in der Krisenfürsorge. Anfang Januar betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger rund 2 Millionen. In Berlin hat die Arbeitslosigkeit den Höhepunkt zur Zeit der großen Kältewelle im vergangenen Winter bereits überschritten. Sie lag Ende Dezember 20 v. H. über den Stand des Vorjahres, und 24 v. H. über dem Reichsdurchschnitt. Man kann also damit rechnen, daß zur Zeit 5 bis 6 Millionen Menschen, mithin beinahe der zehnte Teil der Gesamtbevölkerung von den kargen Unterstützungen der Arbeitslosenfürsorge und der Krisenfürsorge zu leben gezwungen sind. Ein aufreizendes Trauerspiel! Trotzdem hören die Stimmen vom Abbau der Arbeitslosenunterstützung nicht auf.

Eine neue Zeitung der Berliner Gewerkschaften. Seit Anfang dieses Jahres wird vom ADGB, Ortsausschuß Berlin, ein eigenes Organ unter dem Titel „Aufwärts" herausgegeben. Es erscheint wöchentlich in einer hohen Auflage. Schriftleiter ist der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule Fritz Ficke. Verleger ist die Verlagsgesellschaft des ADGB, Inselstraße. In der ersten Nummer finden wir Begrüßungsartikel von den Kollegen Graßmann, Vollmerhaus, Bredow und Flatau. Infolge der Verhältnisse des Berliner Pressewesens war es dem Ortsausschuß der Berliner Gewerkschaften schwer möglich, an die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder heranzukommen. Der „Vorwärts" wird leider nur von einem Teil der Mitglieder gelesen. Die Herausgabe des Blattes ist mithin zu begrüßen. Wir sind überzeugt, daß die Redaktion ein riesiges Aufgabengebiet zu bewältigen hat. Allein das Berliner Wirtschaftsleben ist so vielgestaltig und die Kenntnisse der Arbeiterschaft darüber so gering, daß es notwendig ist, allwöchentlich zu den wichtigsten Vorkommnissen Stellung zu nehmen. In sozialpolitischer Beziehung herrschen über die Tätigkeitsgebiete der Gewerkschaften die verschiedensten und teilweise die verschrobensten Auffassungen. Nur einem Teil der Berliner Arbeiter wird es gegenwärtig sein, was die Gewerkschaften auf diesem Gebiete geleistet haben. Der „Aufwärts" hat eine Mission zu erfüllen. Das Blatt wird zur Stabilisierung der Berliner Gewerkschaftsbewegung beitragen. Deshalb ein Glück auf!

Was verzehrt eine deutsche Arbeiterfamilie?



Die amtlichen Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen in über 900 Arbeiterhaushaltungen haben bekanntlich ergeben, daß über zwei Drittel des Arbeitslohnes für Lebens- und Genußmittel ausgegeben werden. Im Durchschnitt wurden bei Wochenverdiensten der an der Erhebung beteiligten Haushaltungen von 45 bis 90 RM. 25 bis 55 RM. für Lebens- und Genußmittel ausgegeben. Interessant ist die Feststellung, daß auch bei niedrigstem Einkommen nahezu ein Drittel der Lebensmittelausgaben für Fleischwaren verwandt werden, während für Brot und Backwaren nur ein Siebentel des Wochenlohnes verbraucht wird. Dabei ist doch der Kalorienwert des Fleisches im Vergleich zu dem der übrigen Lebensmittel ganz bedeutend geringer, ja nur ein Bruchteil des Nahrungswertes von Milch, Brot, Gemüse und Obst.

Die Bautätigkeit und die zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Die industrielle Tätigkeit eines Landes ist sehr wesentlich abhängig von der Bautätigkeit. Namentlich in einer Zeitperiode, wo die Zahl der Erwachsenen über den früheren Umfang hinausgeht, muß ein erheblicherer Teil des Volkseinkommens im Wohnungsbau investiert werden. Da die Heiratsziffer gegenwärtig größer ist, ebenfalls infolge der veränderten Bevölkerungsstruktur, wird die Wohnungsnot immer drückender. Gegenwärtig sind etwa 400 000 Haushaltungen mehr als vor dem Kriege ohne eigene Wohnung. Der Wohnungsbedarf wird auf ungefähr 1 Million geschätzt. Im abgelaufenen Jahre war der Wohnungsbau noch verhältnismäßig hoch. Die Erstellung neuer Wohnungen in den Groß- und Mittelstädten war größer als im Jahre 1928. Es wurden 310 000 Wohnungen, also 60 000 über den Normalbedarf fertiggestellt. Der größte Teil der Baugelder wurde durch die Hauszinssteuer, durch zusätzliche Darlehen der öffentlichen Hand und durch die Hypotheken der Sparkassen und der öffentlichen Versicherungsanstalten, aufgebracht. Diese öffentlichen Gelder machen insgesamt rund 75 v. H. aus. Nur der vierte Teil der benötigten Baugelder wurde von privaten Versicherungsunternehmungen und dem freien Geldmarkte aufgebracht. Auf Grund des Geburtenzuwachses der letzten Vorkriegsjahre ist in den kommenden fünf Jahren mit einer erheblichen Vermehrung der Haushaltungen und damit neuer Bedarf an Wohnungen zu erwarten. Dies steht im Gegensatz zu den Verhältnissen auf dem Geldmarkt und den Sparmaßnahmen, die von Reich, Ländern und Kommunen getroffen wurden. Bekanntlich hat die Stadt Berlin und andere Großstädte den Entschluß gefaßt, die Bautätigkeit ganz gewaltig einzuschränken. Es sollen nur Bauten fertiggestellt werden, die schon weit vorgeschritten sind. Diese Maßnahmen werden sich auf die Wirtschaftsentwicklung des kommenden Jahres in katastrophaler Weise auswirken. Die Inlandskonjunktur des verflossenen Jahres war letzten Endes deshalb noch so hoch, weil die Bautätigkeit in großem Umfange fortgesetzt wurde. Es besteht also leider die Voraussicht, daß die Konjunktur durch die künstliche Drosselung des Baugewerbes ungünstig beeinflußt wird. Eine Reihe Neuenindustrien und somit die ganze Volkswirtschaft werden dadurch betroffen.

Sinkende Weltmarktpreise. Die am Weltmarkt am meisten gehandelten Standardprodukte waren im abgelaufenen Jahre fast durchweg rückgängig. Von den Lebens- und Genußmitteln sanken die Preise an den Haupthandelsplätzen von Dezember 1928 auf Dezember 1929 für Schmalz, Chikago 11,0 auf 9,90, Talg, Neuyork 9,25 auf 7,75, Butter, Kopenhagen 3,64 auf 2,98, Kaffee, Neuyork 11,62 auf 9,62, Zucker, Neuyork 2,08 auf 1,87. Soweit Industriestoffe in Frage kommen, entwickelten sich die Preise in dem gleichen Zeitraum folgendermaßen: Baumwolle, Neuyork 20,50 auf 17,20, Wolle, Bradfort 0,47 auf 0,31, Flachs, Riga 91,00 auf 63,00, Jute, London 32,40 auf 28,00, Zink, London 26,87 auf 20,00, Silber, London 26,25 auf 21,50, Rohöl, Neuyork 3,70 auf 2,90, Rindshäute, London 7¾ auf 5⅝ usw. Diese Preissenkungen lassen erkennen, daß der Weltmarkt nur zu ermäßigten Preisen aufnahmefähig war. Wie im Inland, so blieben auch diejenigen Produkte im Preise konstant, die durch Kartelle und Verbände gehalten wurden. Hierzu gehören Eisen, Kupfer und Blei. Auch die Kohlenpreise haben sich gehalten. Durch die rückgängigen Weltmarktpreise wurden auch die deutschen Inlandpreise beeinflußt. Jedoch trat der Rückgang auf dem Weltmarkt hierzulande nicht so stark in Erscheinung.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Am 19. Januar in **Küstrin** (Bezirk Frankfurt-Oder), um 10 Uhr, im „Goldenen Anker", Plantagenstraße. Zum Bezirk gehören: Landsberg a. d. W., Frankfurt-Oder, Küstrin, Berlingen, Friedeberg, Fürstenfelde, Bernstein.
In **Köthen** (Freistaat Anhalt) Steinsetzergruppe um 9 Uhr im „Gesellschaftshaus zum Ring", Ringstraße.
In **Altenhain** um 14 Uhr im Gasthof Altenhain.
In **Floß** um 14 Uhr im bekannten Lokal.
In **Karlsruhe** um 14 Uhr, Georg-Friedrich-Straße.
Am 22. Januar in **Schönberg** (Ob.-Laus.) in der Bergschänke um ?
Am 26. Januar in **Sorau** (N.-L.) bei Günzel um ?
In **Bergen** (Rügen) im Gewerkschaftshaus, um 9,30 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen.
In **Lawaldau** — Zahlstelle Grünberg — um 14 Uhr bei Walter.

*

Wittenberg. Der Steinsetzer Emil Schubert aus Radis hat noch Beitragsverpflichtungen an unsere Zahlstelle. Seine Arbeitskollegen möchten ihn darauf hinweisen und seine Interimskarte kontrollieren.

*

Döbeln. Wegen Beitragsrückstände wurden gestrichen die Steinsetzer Hugo Helm (Döbeln), Kurt Elschner (Döbeln-Großbauchlitz), Nikolaus Wach (Döbeln), Alfred Plänitz (Gallschütz bei Klosterbuch), Willi Apel (Waldheim), Robert Hayne (Masten bei Döbeln), Arno Patitz (Döbeln), Die Hilfsarbeiter Alfred Fönzik (Döbeln-Großbauchlitz), Erich Heinke (Döbeln), Kurt Winkler (Döbeln). Ferner der Steinsetzer Martin Ostermayer (Bockelwitz bei Leisnig), der Rammer Alfred Richter (Nossen) und der Hilfsarbeiter Arno Strauhe (Naußlitz bei Rödstn) und der Hilfsarbeiter Arno Strauhe (Döbeln). Von den drei Letztgenannten konnten wir bisher die Mitgliedsbücher nicht erlangen.

Der ausgeschiedene Steinsetzer Kurt Elschner brannte im Jahre 1928 ab. Die Zahlstelle Döbeln erließ ein Rundschreiben an alle Zahlstellen im 2. und 3. Gau. Im Laufe der Monate Januar und Februar 1929 erhielt dieser Charakterlose 560 Mark ausbezahlt, dazu noch 43,20 Mark Erwerbslosenunterstützung vom Verband. Als Dank hat er seit dieser Zeit nicht eine Beitragsmarke mehr geklebt. Bei seinem Auftauchen auf Baustellen ist es Pflicht jedes Kollegen, ihm eine Sonderquittung zu verabreichen. Ferner weisen wir auf alle andern Gestrichenen unserer Zahlstelle hin und ersuchen, diese nicht eher in Arbeit zu lassen, bis sie ihr Mitgliedsbuch in bester Ordnung vorzeigen können. Selbstverständlich dürfen diese auch nicht in fremden Zahlstellen in den Verband wieder aufgenommen werden, sondern sie sind immer an die Zahlstelle Döbeln zu verweisen.

*

Verlorene Mitgliedsausweise. In Mücheln das Verbandsbuch Nr. 99204 für Walter Thieme, Steinsetzer. In Weißwasser Nr. 110878 für Paul Felsch, Steinsetzer. In Dietesheim Nr. 29968 für Ludwig Büchner, Steinmetz. In Schneidemühl Nr. 102362 für Paul Ziggel, Rammer.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle **Wittmund** wurden ausgeschlossen der Steinsetzer Friedrich Bokelmann und der Steinsetzhilfsarbeiter Johann Tapper, beide wegen Streikbruchs.

Wegen Beteiligung am kommunistischen Kongreß der sogenannten Gewerkschaftsopposition bzw. wegen Anstiftung zur Beteiligung wurden ausgeschlossen die Steinarbeiter Paul und Alfred Bartnek und Fritz Negwer. Alle drei gehörten der Zahlstelle **Strehlen** an.

Briefkasten

M. D. „Lehrbuch für Steinsetzer" lautet der Titel. Sende an den Kassierer Ludwig Geist per Zahlkarte, Postscheck Leipzig, Konto Nr. 56 383, 4,50 Mark ein, dann erhältst Du das Buch von uns zugesandt.

H. R. Die Wanderkurse sollen auf Beschluß des Verbandstages fortgesetzt werden. Doch kommen vorerst die Gaubezirke an die Reihe, die im Vorjahre nicht mehr berücksichtigt werden konnten: 7, 6, 8, 9, 11, 1 (Beginn Ende März). — Ueber die Bundesschule des ADGB bringt die Nr. 4 des „Steinarbeiters" einen informierende Artikel; den lese bitte nach; er beantwortet in allem Deine Fragen.

Verd. Mit 56 Jahren ist man doch sicherlich darüber hinaus. — Das Gewünschte wird erledigt. Nachricht abgesandt.

Münch. Wlt. Wird gelegentlich Verwendung finden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Adressenänderungen

1. Gau: **Königsberg i. Pr.** Kass.: Julius Rockel, Schrötterstraße 169. — **Pyritz** (Pomm.) Kass.: Emil Bleibel, Bergstraße 9. — **Schlawe** (Pomm.) Vors.: Ernst Greinke, Pollnower Straße 6. — **Angerburg.** Vors.: O. Klädtke, Litauer Straße 24. — **Schneidemühl.** Kass.: Ambrosius Brüggmann, Stallgasse 4.
2. Gau: **Spremberg.** Vors.: Richard Titze in Heinrichsfeld bei Spremberg. Kass.: Walter Muschter in Weskow bei Spremberg. — **Schweidnitz.** Vors.: Max Ringel, Obere Wilhelmstraße 22. Kass.: Rud. Puhl jun., Nonnenstraße 8.
3. Gau: **Döbeln.** Kass.: Max Geißel, Bahnhofstraße 61. — **Leipzig I.** Kass.: Alwin Naumann, W. 31, Zschochersche Straße 70.
4. Gau: **Delitzsch.** Kass.: Willi Kilian, Bismarckstraße 59. — **Zörbig.** Vors.: Otto Ludwig, Paradies 11. — **Barby.** Kass.: Walter Westphal, Breitetor 19. — **Wanzleben.** Vors.: Andreas Franke, Hospitalstraße 2. Kass.: Walter Meier, Hospitalstraße 11.
5. Gau: **Hagen i. W.** Bezirksleiter: H. Luxem, Franklinstr. 24, II.
6. Gau: **Eberbach** (Baden). Kass.: Peter Schmieg.
7. Gau: **Edenstetten.** Kass.: Joseph Meier.
8. Gau: **Obereschenbach.** Vors.: Joseph Schubert, **Schwärzelbach,** Post Gräfendorf (Unterfr.). — **Reistenhausen.** Vors.: Karl Keller.
9. Gau: **Allendorf,** Kr. Wetzlar, Post Ulm. Vors.: Friedr. Biemer. Kass.: Robert Feurig. — **Beilstein** (Dillkreis). Vors.: Ernst Schnell. Kass.: August Ruß. — **Berzhahn,** Post Langendernbach (Westerwald). Vors.: Eugen Kreckel. Kass.: Ewald Schönberger. — **Driedorf** (Dillkreis). Vors.: Ferdinand Löber sen. Kass.: Ferdinand Löber jun. — **Heckholzhausen** (Oberlahnkreis). Vors. u. Kass.: Fritz Merkel. — **Homberg** (Westerwald), Post Rehe. Vors.: u. Kass.: Ernst Rübsamen. — **Merenberg** (Oberlahnkreis). Vors. u. Kass.: Otto Drees. — **Oellingen,** Post Höhn (Westerwald). Vors.: Theodor Höhn. Kass.: Franz Benner. — **Rupbach** (Unterlahnkreis). Vors. u. Kass.: Heinrich Karl Klöppel, Bremberg, Post Laurenburg (Lahn). — **Weitefeld,** Post Daaden (Rhld.) Vors. u. Kass.: Herm. Richter. — **Willmenrod** (Westerwald). Vors.: Wilhelm Habich. Kass.: Hermann Jung.
10. Gau: **Eltmannshausen.** Vors.: Georg Kaletsch. — **Duderstadt.** Kass.: Johannes Beckmann, Pferdeteich 14. — **Stiege.** Vors. u. Kass.: Karl Wiele, Giebelstraße 227. — **Hildesheim.** Vors.: Heinrich Jürgens, Wiesenstraße 37.
11. Gau: **Teterow.** Vors.: G. Lau, Rostocker Straße 78. Kass.: Ernst Niewendt, Gartenstraße 5. — **Kiel.** Vors.: Emil Hagge, Sophienblatt 69. — **Wismar.** Vors.: Friedrich Kuß, Pöelerstraße 94, I.

Anzeigen

Berlin. Steinschläger

Sonntag, 19. Januar 1930, 10 Uhr, im Lokal von Sorgatz, Berlin N, Uferstraße 12, **Versammlung** aller Steinschläger. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jeder Kollege erscheinen.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Richard Herfurth.

Potsdam

Sonntag, 19. Januar 1930, 10 Uhr, im Volkshaus, **Vollversammlung** aller der Unterzahlstelle Potsdam angehörenden Steinarbeiter und Steinsetzer und Berufsgenossen. Die reichhaltige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Kollegen zur Pflicht.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Wegener.

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau
liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Wilhelmshaven** am 20. Dezember der Hilfsarbeiter Julius Ulrich, 70 Jahre alt, Herzschlag.

In **Roppershausen** am 20. Dezember der Bohrer Karl Koppe, 39 Jahre alt, tödlicher Unfall.

In **Dresden** am 30. Dezember der Sandsteinmetz Gustav Koall, 58 Jahre alt, 27 Tage krank, Lungenentzündung.

In **Pirna** am 1. Januar der Sandsteinmetz Max Kotte, 43 Jahre alt, 5 Wochen lungenkrank; am 6. Januar der Sandsteinmetz Paul Fichte, 32 Jahre alt, 9 Monate Lungentuberkulose.

In **Magdeburg** am 1. Januar der Granitsteinmetz Emil Reinwart, 50 Jahre alt, 16 Monate herzleidend.

In **Berlin** am 2. Januar der Pflastersteinschläger August Ehling, 56 Jahre alt, Schlaganfall; am 4. Januar der Steinmetz Otto Pätzold, 57 Jahre alt, 5¼ Jahr krank, Lungenleiden.

In **Häslicht** am 2. Januar der Granitsteinmetz Hermann Rasch, 64 Jahre alt, 9 Wochen krank, Wassersucht.

In **Arnsdorf** am 5. Januar der Pflastersteinmacher Karl Michler, 53 Jahre alt, Schlaganfall, 14 Tage krank.

In **Rüthen** am 6. Januar der Sandsteinmetz Fritz König, 53 Jahre alt, lungenkrank.

In **Häslicht** am 8. Januar der Brecher Wilh. Männig, 62 Jahre alt, 20 Wochen Kehlkopfleiden.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.